

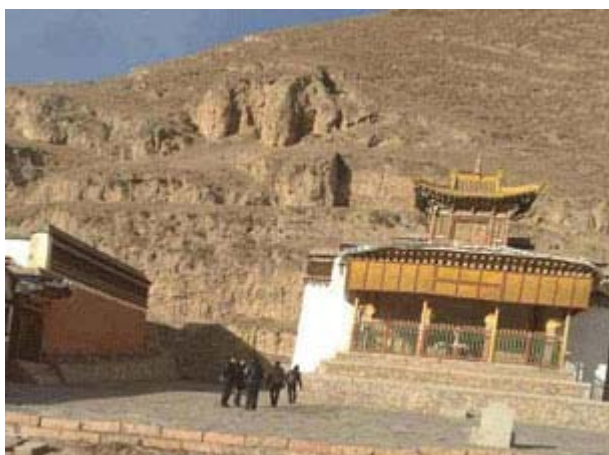
Behörden schikanieren Familie eines tibetischen Selbstverbrennungsopfers

Die Behörden in der Provinz Gansu haben den Angehörigen eines jungen Tibeters, der sich vor wenigen Tagen selbst zu verbrennen versuchte, strenge Einschränkungen auferlegt. Sie haben ihnen verboten, Gebetszeremonien abzuhalten, und Verwandte und Freunde werden daran gehindert, der Familie einen Besuch abzustatten.

Die Eltern von Chagdor Kyab, einem 16jährigen Schüler, der sich am 2. Mai in der Gemeinde Bora, Tibetisch-Autonome Präfektur Kanlho, Provinz Gansu, aus Protest gegen Pekings harte Herrschaft über die tibetischen Gebiete in Brand setzte, sind durch dieses behördliche Vorgehen sehr aufgebracht und verstört. Dies teilte ein dortiger Bewohner dem tibetischen Dienst von RFA (Radio Free Asia) mit.

„Die chinesische Polizei hat den Tatort zwar verlassen, so daß nun alles ganz normal aussieht. Aber das Sicherheitspersonal und andere Beamte gingen nun zum Haus von Chagdor Kyabs Eltern und bereiten ihnen viele Unannehmlichkeiten“, sagte die Quelle von RFA.

Kloster Bora



„Die Behörden haben der Familie verboten, Mönche zur Durchführung der religiösen Rituale für Chagdor Kyab einzuladen, und sie hindern auch Freunde und andere Leute aus dem Dorf daran, die Familie aufzusuchen und ihnen ihr Beileid auszusprechen“, fuhr die Quelle fort.

Mit Kyabs Protest vom 2. Mai in der Nähe des Klosters von Bora stieg die Gesamtzahl der Selbstverbrennungsfälle in tibetischen Gebieten auf 149, seit die Welle dieser Feuerproteste 2009 begann.

Als er bereits brannte, forderte Chagdor Kyab Freiheit für Tibet und die Rückkehr des Dalai Lama. Dann versuchte er, auf die chinesischen Verwaltungsgebäude in der Gemeinde Bora zuzurennen, brach jedoch auf der Straße zusammen.

Die Behörden verhängten sofort eine Kommunikationssperre in der Gegend, weshalb es schwierig ist, weitere Informationen zu bekommen. Man weiß auch nicht, ob Chagdor Kyab seinen Verletzungen erlegen ist oder wo er sich jetzt befindet.

Ebenfalls wurden die Restriktionen in der Folge zweier vorhergehender Selbstverbrennungen in der Provinz Sichuan verschärft. So müssen Leute, die von außen kommen und die Bezirksstadt Kardze aufsuchen wollen, sich vorher spezielle Erlaubnisscheine besorgen.

„Und wenn die Tibeter dann ihre Dokumente beisammen haben, brauchen sie noch eine weitere Genehmigung der Behörden, ehe sie fortfahren dürfen“, teilte ein im Exil lebender Tibeter mit Kontakten zu der Gegend mit.

Auch die Benutzung von Mobiltelefonen und sozialen Medien wurden eingeschränkt. In den Klöstern, Schulen, Dörfern und Ortschaften des Bezirks werden die Leute wieder zu politischen Umerziehungskursen gezwungen.

„Die Tibeter wurden gewarnt, daß sie mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft werden können, wenn sie Fotos oder Videos von Selbstverbrennungen an Außenstehende schicken. Das schreckt viele Leute davon ab, Informationen mit Personen außerhalb ihrer Wohngebiete zu teilen“.